

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn
Landtagspräsidenten
Ing. Hans Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 10.07.2012

zu Ltg.-**283/V-7/61-2009**
zu Ltg.-**909/V-9/45-2011**

RU7-A-11/023-2009
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.ru7@noel.gv.at - Telefax 02742/9005/14950
Internet: <http://www.noel.gv.at> DVR: 0059986
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug
Ltg.-283/V-7-2009; LAD1-
SE-30600/031-2009; Ltg.-
909/V-9/45-2011; LAD1-
SE-30600/070-2011;

BearbeiterIn
DI Regina Rausch

(0 27 42) 9005

Durchwahl
14198

Datum
3. Juli 2012

Betrifft

Entschließungen des NÖ Landtages "Verkehrsinfrastruktur Waldviertel"

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zu den Resolutionen des Landtages von Niederösterreich vom 16. Juni 2009, Ltg.Zl. 283/V-7/61-2009 und vom 16. Juni 2011, Ltg.Zl. 909/V-9/45-2011 betreffend Verkehrsinfrastruktur Waldviertel wird folgender Bericht gelegt:

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2009 den Antrag der Abgeordneten Mold, Antoni, Waldhäusl, Ing. Hofbauer und Maier betreffend *Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Waldviertel* als auch in seiner Sitzung am 16. Juni 2011 den Antrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer, Antoni, Waldhäusl und Enzinger betreffend *Infrastrukturmaßnahmen für das Waldviertel* zum Beschluss erhoben.

In beiden Anträgen wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, weitere Maßnahmen auf den Hauptverkehrsachsen, vor allem im Waldviertel, zur Verbesserung der Erreichbarkeit voranzutreiben und an die ÖBB heranzutreten, damit diese Verbesserungsmaßnahmen auf der Franz-Josefs-Bahn in Angriff nimmt, bzw. Gespräche hinsichtlich schneller,

internationaler Züge auf der nun durchgängig elektrifizierten Strecke Prag – Budweis – Gmünd – Wien aufzunehmen.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung sind diese Beschlüsse federführend von der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten im Einvernehmen mit der Gruppe Straße, der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik und der Abteilung Finanzen zu vollziehen.

Zu den Anträgen der Infrastruktur im Straßenbereich ist zu sagen, dass im Netzbereich der Landesstraßen im Waldviertel in den letzten Jahrzehnten neben zahlreichen Verkehrssicherheitsmaßnahmen viele lokale Aus- und Umfahrbauten umgesetzt wurden mit dem Ziel der Verbesserung der Erreichbarkeit der Wirtschaftsstandorte und der Lebensräume des Waldviertels.

Alleine in den Ausbau der Verkehrsachse Krems – Gföhl – Zwettl – Vitis wurden seit dem Jahr 2000 rund € 70 Mio. seitens des Landes investiert.

Für die weitere Verbesserung der Straßenverbindungen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden auch in den nächsten Jahren zahlreiche Verkehrsverbindungen im Waldviertel ausgebaut.

Anfang Juni dieses Jahres erfolgte die Verkehrsfreigabe der Umfahrung Maissau, die als erstes Public Private Partnership (PPP) – Projekt auf Landesstraßen in Niederösterreich durchgeführt wurde. Weiters erfolgte die Umsetzung eines kurzfristigen Maßnahmenpaketes unter dem Titel „B 37 Sicherheitsausbau“. Weitere Maßnahmen im Rahmen dieser Initiative, wie zum Beispiel der 3-spurige Ausbau im Abschnitt Sperkental – Marbach und die Errichtung einer „Sektion Control“ am Gföhler Berg, stehen kurz vor Fertigstellung.

Der weitere Ausbau der Achse Krems – Zwettl – Vitis – Schrems wird durch die beiden Großprojekte B 38 Umfahrung Zwettl und B 36 Umfahrung Großglobnitz – Kleinpoppen in den nächsten Jahren weiter vorangetrieben und stellt nach Verkehrsfreigabe beider Projekte eine leistungsfähige durchgängige Straßenverbindung aus dem Waldviertel in den NÖ-Zentralraum dar. Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit und die Verkehrssicherheit der Straßen B2 und B4 erhöhen, sollen ebenfalls in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Straßenverbindungen zu den benachbarten tschechischen Kreisen werden in enger Abstimmung mit diesen und in Abhängigkeit der geplanten und umgesetzten Maßnahmen auf tschechischer Seite, entsprechende Projekte gemeinsam vorbereitet und umgesetzt.

Im Sinne der vorliegenden Anträge hinsichtlich des Angebotes internationaler Zugverbindungen auf der Franz-Josefs-Bahn wurde eine Anfrage an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) gestellt. Seitens der ÖBB, Bereich Fernverkehr, wurde am 10. Mai dieses Jahres ein Antwortschreiben übermittelt.

Darin wurde mitgeteilt, dass die Möglichkeit, eine Fernverkehrsverbindung von Wien über Gmünd nach Prag anzubieten, evaluiert wurde. Es wurde allerdings festgestellt, dass die Fahrzeit auf dieser Strecke vor allem im Verhältnis zur bestehenden Verbindung aus Wien über Breclav und Brünn nach Prag weniger attraktiv ist. Den Berechnungen der ÖBB zufolge würde diese zwischen 4:30 Stunden und 4:45 Stunden betragen, wohingegen die Fahrzeit von Wien über Breclav nach Prag nur 4:09 beträgt. Überdies wurde das Reisendenpotenzial auf der Strecke Wien über Gmünd nach Prag wesentlich geringer eingeschätzt, als jenes der Strecke von Wien über Breclav und Brno nach Prag. Auch die tschechische Staatsbahn (CD), mit der die ÖBB kooperieren, unterstützt aus beiden genannten Gründen derzeit nicht die Führung einer Fernverkehrsverbindung über Gmünd.

Seitens der ÖBB wird auf das bestehende Taktangebot auf der Nordbahn hingewiesen und damit die schnelle Erreichbarkeit für Niederösterreich der Zugverbindung über Breclav und Brünn nach Prag.

Bezugnehmend auf die Anträge zum Thema Infrastrukturverbesserungen und damit einhergehend Angebotsverbesserungen auf der Franz-Josefs-Bahn (FJB) ist zu sagen, dass ein neuer Verkehrsdienstvertrag (VDV) des Landes Niederösterreich mit der ÖBB Personenverkehrs AG am 5. März 2012 unterzeichnet worden ist.

Im Zuge des Abschlusses dieses Verkehrsdienstvertrages wurde durch die Unterfertigung der Präambel garantiert, dass die diesem Vertrag zugrunde liegende Schieneninfrastruktur, damit auch die FJB, seitens der ÖBB gesichert und für die Dauer des Verkehrsdienstvertrages für den Fahrbetrieb in gutem Zustand erhalten werden muss.

Weiters ist im Richtlinienentwurf der EU zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen die Franz-Josefs-Bahn (FJB) im Basisnetzwerk enthalten.

Diese hochrangige Verankerung der FJB ist als weiteres Indiz für die infrastrukturelle Absicherung der FJB zu werten.

Darüber hinaus werden mit Inbetriebnahme der neuen Westbahnstrecke über das Tullnerfeld und der unter finanzieller Beteiligung des Landes NÖ bereits fertig gestellten Tullner Westschleife die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen, das System der FJB über Absdorf-Hippersdorf und Tulln an die neue Westbahn anzubinden. Damit ergeben sich potenzielle Reisezeit- und Erreichbarkeitsvorteile für PendlerInnen im Einzugsbereich der FJB mit Zielgebiet Westen und Süden Wiens.

Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass umfangreiche Investitions- und Infrastrukturmaßnahmen im Waldviertel getätigt wurden und in Abstimmung mit Tschechien auch weiter erfolgen.

Das Nahverkehrsangebot auf der Schiene wurde durch den neuen Verkehrsdienstvertrag mit den ÖBB gesichert und wird mit den neuen infrastrukturellen Gegebenheiten weiter verbessert.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Landesrat M a g. W i l f i n g